

Rat baut dem Bündnis eine Brücke

Eine Beschlussempfehlung gab es nicht, aber eine lange Diskussion und eine Tendenz: Das Bündnis für Familie wird von der Stadt mit maximal 5000 Euro pro Jahr ein halbes Jahrzehnt lang finanziell unterstützt. Das Problem dabei: Was dem Bündnis an Geld gegeben werden soll, muss woanders weggenommen werden. Die Gretchenfrage lautet nun: wo und wem?

Obernkirchen. Im Ausschuss für Finanzen, Organisation und Personal stand zunächst das vom Landkreis für Obernkirchen geplante „Senioren Servicebüro“ im Mittelpunkt der Debatte – das Büro ist elementarer Bestandteil des vom Bündnis geplanten Familienzentrums. Mit dem Landkreis, so stellte Bürgermeister Oliver Schäfer (SPD) klar, sei vereinbart worden, dass dieses Projekt nach Obernkirchen komme. Auch ein Teil der damit verbundenen Mittel – rund 40 000 Euro – werde in die Bergstadt fließen: für Büroausstattung, Personalkosten und Sachleistungen. Das Büro soll seinen Platz im Familienzentrum finden – und dafür müsse man Geld in die Hand nehmen, das man nicht habe, betonte Martin Schulze-Elvert (CDU). „Wir wollen hier investieren, wir sind mit Rat und Tat dabei, aber wir setzen die Priorität bei der Kofinanzierung, beim Sponsoring und bei der Untervermietung.“ Und: „Wir können uns nicht verpflichten, für acht bis zehn Jahre Gelder fließen zu lassen.“ Aber man könne, so Jörg Hake (SPD), dem Bündnis auch nicht sagen, „dass es nie Zuschüssen geben wird“. Der Rat sollte „Signale senden“, auch, wenn das natürlich „schwierig“ sei. Schulze-Elvert entgegnete: „Obendrauf satteln geht in dieser Haushaltssituation gar nicht.“ Man brauche definitive Zahlen, sagte Horst Sassenberg (CDU) und verwies auf einen anderen Aspekt: Wenn die Stadt die Mittel für das Bündnis woanders abziehe, also einen anderen Posten kürze, dann werde die Kommunalaufsicht wohl nachfragen, warum die Stadt dies nicht schon längst gemacht habe. „Wir rotieren und kommen nicht weiter“, befand Beate Krantz (CDU): „Das Bündnis fühlt sich von Rat und Verwaltung ein bisschen allein gelassen.“ Der von Bernd Kirsch (Grüne/WIR) locker in den Raum geworfene Vorschlag, dass Geld vielleicht aus dem Erlös des Verkaufes von Haus Nummer 10 in der Langen Straße zu nehmen, stieß beim zuständigen Herren der Finanzen auf keinerlei Gegenliebe: „Dann müssen Sie sich eine anderen Kämmerer suchen“, entgegnete Wolfgang Seele lakonisch. Schäfer schlug vor, dass die Stadt pro Jahr 5000 Euro gebe, begrenzt auf fünf Jahre. Sollte das nicht reichen, könne man immer noch „nachsteuern“. Schäfer warf als möglichen Topf, aus dem die Mittel genommen werden könnten, das Stadtmarketing auf: Dort würden dann 25 000 Euro pro Jahr bleiben. Eine andere Lösung: Hier 1000 Euro, dort 1000 Euro – bis es reicht. Hake fand den Vorschlag gut: Die Finanzkrise werde die Lage der Familien erschweren – und damit werde das Bündnis mit dem Familienzentrum stärker gebraucht. Wilhelm Mevert (SPD) schlug vor, noch nicht gleich zu sagen, wo das Geld abgezackt werde. Krantz verwies darauf, dass man nirgends Geld wegnehmen könne, ohne zumindest im Fachausschuss darüber gesprochen zu haben. Die Stadt will jetzt die Finanzierung des „Senioren Servicebüros“ als Pilotprojekt im Landkreis abwarten, außerdem soll das Bündnis ein neues Finanzierungskonzept vorlegen. Als Termin wurde mehrfach die Etatberatung für 2010 angerissen, die im Herbst beginne. Für dieses Jahr, so Schäfer, könne die Förderung des Bündnisses auch auf die Restmonate gestückelt werden. Krantz war danach zufrieden: „Das haben wir alle zusammen gestrickt.“ Sassenberg blieb skeptisch: „Ein Loch stopfen, ein Loch reißen – das wird nicht gehen.“ rnk